Mindestlohn: Chancen und Risiken

Alle Zeichen für einen 12-Euro-Mindestlohn stehen auf grün. Wir Grüne haben uns zusammen mit Gewerkschaften und Verbänden lange für die Erhöhung eingesetzt. Denn eins ist klar: Arbeit muss gerecht bezahlt werden. Die Anhebung kommt zum Oktober dieses Jahres. Darauf haben wir uns mit unseren Koalitionspartnern verständigt. Dieser Schritt war dringend notwendig. Deutschland hat im Vergleich zu anderen EU-Ländern einen der größten Niedriglohnsektoren. Hierzulande ist jedes fünfte Beschäftigungsverhältnis im Niedriglohnbereich angesiedelt.

Für viele Millionen Beschäftigte in Deutschland bringt die Erhöhung auf 12 Euro unmittelbar eine Verbesserung ihres Lohns. Das bedeutet gleichzeitig, dass weniger Menschen ihren Lohn mit Sozialleistungen aufstocken müssen. Die Erhöhung sorgt nicht nur für bessere Einkommen, sondern auch für höhere Ansprüche bei der Rente, in Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit.

Von der Erhöhung profitieren insbesondere Erwerbstätige in personenbezogenen Dienstleistungsberufen, dem Gastgewerbe, Einzelhandel, Küchenhelfer*innen, Friseur*innen und Bäckereifachverkäufer*innen. Das sind jene Berufe, in denen am häufigsten weniger als 12 Euro pro Stunde gezahlt werden. Profiteure der Mindestlohnerhöhung werden auch Beschäftigte in kleinen Betrieben ohne Tarifbindung sein. Besonders stark profitieren Ostdeutsche und Frauen. Im Niedriglohnsektor liegt der Frauenanteil bei 70 Prozent. Laut jüngsten Berechnungen des Wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) ist die Wahrscheinlichkeit für Frauen, einen Lohn unterhalb von 12 Euro zu erhalten, doppelt so hoch wie für Männer.

Aber, ein Job im Niedriglohnsegment muss nicht immer zwangsläufig in Armut münden. Hier muss vielmehr der Haushaltskontext betrachtet werden, in dem Einkommen mehrerer Personen zusammen kommen können. Der Mindestlohn ist aber keine eierlegende Wollmilchsau. Auch wenn sich die Einkommenssituation vieler Menschen verbessert, werden zum Beispiel Alleinerziehende – über 80 Prozent sind davon Frauen – immer noch schlechter



Frank Bsirske (Bündnis 90/Die Grünen) ist Sprecher der Bundestagsfraktion für Arbeit und Soziales.

gestellt sein als Paare. Denn derzeit bezieht mehr als jede*r sechste erwerbstätige Alleinerziehende zusätzlich zum Einkommen Transferleistungen. Nur so können sie ihr Existenzminimum sicherzustellen. Deswegen werden wir weitere Maßnahmen, wie die Einführung einer Kindergrundsicherung, ergreifen müssen, um diesen Personenkreis aus der Armut zu führen.

Neben der direkten Lohnaufwertung für einige Millionen Beschäftigte wird die Mindestlohnerhöhung – wie bei der Mindestlohneinführung 2015 – einen Lohnimpuls in Einkommensgruppen zur Folge haben, die knapp oberhalb des Mindestlohnes liegen. Die Mindestlohnerhöhung sorgt für eine einheitliche Wettbewerbssituation zwischen den Unternehmen und verhindert, dass der Wettbewerb über die Löhne ausgetragen wird. Negative ökonomische oder Effekte auf den Arbeitsmarkt sind nicht zu erwarten

Alles in allem ist der Mindestlohn ein wichtiger Baustein zur Schaffung gerechterer Einkommen. Er hilft, die Folgen des Kostenanstiegs fossiler Energieträger und der Nahrungsmittelpreise abzumildern und trägt dazu bei, die ökologische Transformation sozialer zu gestalten.

Forum Arbeit



ZUR SACHE Chancen und Risiken des Mindestlohns MAGAZIN Nachrichten aus dem Verband TITEL Mindestlohn BAG ARBEIT TRIFFT Prof. Dr. Marcel Thum VOR ORT Arbeitskreis Recycling e.V. VERANSTALTUNGSTIPPS Alle Seminare auf einen Blick NACHGEFRAGT bei Björn Kazda

Inhalt

16



Zur Sache Chancen und Risiken des Mindestlohns Marc Hentschke	2

Magazin Mindestlohn – Wirkungen und Mängel 3 Andreas Hammer Buch- und Filmtipp 6

Mindestlohn: Chancen und Risiken	
12 Euro Mindestlohn: Ein lange überfälliger Schritt Dr. Malte Lübker	7
Kommentare aus dem Bundestag	11

Prof. Dr. Marcel Thum	
Vor Ort	
Arbeitskreis Recycling e.V.	19
Veranstaltungstipps	22
Nachgefragt Björn Kazda	24

bag arbeit trifft

Zur Sache

Chancen und Risiken des Mindestlohns



Unser stellvertretender Vorstand Marc Hentschke ist Geschäftsführer des Sozialunternehmens Neue Arbeit gGmbH.

Die Erhöhung des allgemeinen Mindestlohns war das wichtigste Wahlkampfversprechen der SPD im Bundestagswahlkampf 2021. Viele Jahre haben die Tarifpartner es in den unteren Einkommensgruppen nicht erreicht eine armutsfeste Vergütung auszuhandeln. Nun sieht sich der Staat in der Verantwortung einzugreifen und die untere Lohngrenze ab 01.10.2022 durch eine politische Entscheidung auf 12,- Euro Stundenlohn zu setzen.

Es ist unstrittig eine weitere Abkopplung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Entlohnung für viele Menschen, die in den Einkommensklassen arbeiten. Volkswirtschaftlich ist es sinnvoll. Unternehmen mit personalintensiven Geschäftsmodellen werden, wenn sie die Lohnerhöhung nicht am Markt durchsetzen können, in Bedrängnis kommen und für einen Marktverbleib Kostenstrukturen anpassen müssen.

Bei Sozialunternehmen kommt es auf das Refinanzierungsmodell an. Wenn die Finanzierungen der Beschäftigten nach § 16i erfolgt, wird die Lohnerhöhung durch die Erhöhung der Förderung in den ersten beiden Jahren vollständig kompensiert, in den drei Folgejahren werden die Unter-

nehmen bei einer Vollzeitstelle im Schnitt eine größere Belastung von 667,- Euro p.a. pro Stelle haben. Diese Belastung wird durch die Erhöhung der Preise am Markt zu refinanzieren sein. Für Inklusionsunternehmen, bei denen Menschen, die schwerbehindert und besonders betroffen sind, arbeiten, verhält es sich deutlich komplizierter. Hier gewährt das jeweilige Integrationsamt des Bundeslandes einen Beschäftigungssicherungszuschuss, der i.d.R. bei max. 30% liegt. Die Mehrbelastung durch die 15% Erhöhung des Mindestlohns pro Stelle liegt bei 2.368 Euro p.a.. Diese Steigerung ist nicht ad hoc am Markt durchzusetzen. Insofern ist es existentiell wichtig, dass die Integrationsämter die ungeplante Lohnerhöhung durch Erhöhung des Förderungssatzes ausgleichen. Ansonsten droht den besonders benachteiligten Menschen am Arbeitsmarkt statt Inklusion eine Exklusion.



Abonnement – forum arbeit

forum arbeit erscheint viermal im Jahr. Sie finden in der Verbandszeitschrift aktuelle Artikel, Interviews und Berichte sowie einen umfangreichen Serviceteil mit Terminen, Adressen und Literaturtipps rund um das Thema Beschäftigungsförderung.

Der Preis des Jahresabonnements beträgt zurzeit Euro 20,00 (zzgl. 7% MwSt. und Versand).

?		
•	Ich/ wir möchte/ n forum arbeit abonnieren und bitte/ n um Zusendung mit Rechnung an folgende Anschrift:	
Ansp	rechpartner:in:	
Ansc	hrift des Unternehmens:	
Datu	m:	
Unter	rschrift:	